

1. Wie wollen Sie mit Blick auf die immensen finanziellen Belastungen des Landes in der Pandemiezeit den handwerklichen Mittelstand dennoch in den nächsten Jahren entlasten bzw. stärken?

Wir als SPD wollen den handwerklichen Mittelstand durch nachhaltige Förderung und Unterstützung, gemeinsam mit den Kammern, stärken. Zum einen wollen wir unsere handwerklichen Betriebe bei Nachfolge weiterhin behilflich sein. Zum anderen wollen wir geeignete Hilfen für die Existenz- und Unternehmensgründung bereitstellen. Darüber hinaus wollen wir an den Schulen den Unternehmergeist fördern.

Weil wir auch die Wirtschaft insgesamt in unserem Land nachhaltig gestalten wollen, werden wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung von Innovationen legen. Zukunftsfähigkeit beginnt mit neuen Technologien, klugen Geschäftsideen und der Gründung junger Unternehmen. Gleichzeitig unterstützen wir die vorhandenen Unternehmen, sich weiterzuentwickeln und zu modernisieren.

2. Wie sollen aus Ihrer Sicht kleine und mittlere Betriebe von der Bürokratiebelastung befreit werden?

Die Verwaltung ist jederzeit einfach und unkompliziert online erreichbar. Bürger und Unternehmen können mit einem einzigen Zugang Leistungen beantragen, Bescheinigungen abrufen und Bescheide einsehen. Zugleich wollen wir Open-Government-Data in MV verstärkt nutzen, also Daten, die der Staat erhebt, transparent und kostenfrei öffentlich verfügbar machen.

3. Wie muss die duale Ausbildung im Land für Jugendliche noch interessanter gemacht und diese gegenüber der akademischen Bildung gestärkt werden?

Sowohl die demografische Entwicklung als auch die zunehmende Spezialisierung in der Berufswelt machen deshalb große Anstrengungen der Partner in der beruflichen Bildung notwendig, um eine ausreichende Anzahl von Auszubildenden für die vorhandenen Ausbildungsplätze zu gewinnen und zu einem hochwertigen Abschluss zu führen. Der Ausbildungsabschluss und die Ausbildungsqualität hängen dabei auch wesentlich von der Qualität der Berufsschulen ab. Die Ausbildung und Gewinnung von Lehrkräften für die Berufsschulen werden wir deshalb zu einem Schwerpunkt unserer Politik machen. Unser Ziel ist es weiterhin, die Qualität und Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu sichern und auszubauen. Der Digitalisierung kommt hierbei eine wichtige Rolle zu, sie ist Chance und angesichts der sich stark verändernden Berufsbilder Herausforderung zugleich.

Da in Zukunft unser Arbeitsmarkt viele gut ausgebildete Fachkräfte benötigt, müssen wir das Netz der beruflichen Schulen sichern. Dafür ist auf der Grundlage der Beschlüsse des Zukunftsbündnisses mit dem Landesausschuss für Berufsbildung ein gemeinsames Vorgehen abgestimmt. In einem ersten Schritt werden wir gemeinsam mit den Sozialpartnern, den Kammern und der Berufsagentur für Arbeit die Ergebnisse der 2020 in Auftrag gegebenen Studie zur Berufsschulstruktur bewerten und Kriterien für eine zukunftsfähige Ausstattung der Berufsschulen in MV entwickeln.

Nachdem wir das Azubi-Ticket in diesem Jahr erfolgreich eingeführt haben, werden wir die Unterstützung für die Unterkunftskosten von Auszubildenden beibehalten und ggf. bedarfsgerecht weiterentwickeln, insbesondere wenn sich Kostensteigerungen bei den Unterkunftskosten ergeben sollten, die durch in Teilen der Azubi-Wohnheime erforderlichen Sanierungen entstehen können. Neben den finanziellen Belastungen brauchen Auszubildende bei Problemen in der Ausbildung eine niedrigschwellige Beratung und Möglichkeit zur Unterstützung. Wir wollen deshalb an allen beruflichen Schulen entsprechende Angebote bereitstellen. Ausbildungsformate, die auch für Auszubildende mit Lernproblemen, den Weg zum Abschluss befördern, werden wir ausbauen. Die angemessene Anerkennung von Ausbildungszeiten bei einem Ausbildungswechsel werden wir sicherstellen. Des Weiteren prüfen wir, inwieweit Berufsausbildungen mit Abitur sowie bereits erfolgreich etablierte duale Studiengänge stärker dazu beitragen können, den Stellenwert der dualen Berufsausbildung zu erhöhen. So wollen wir die Berufsausbildung attraktiver gestalten.

4. Die Coronazeit hat einmal mehr den Nachholbedarf in der Digitalisierung in MV gezeigt. Wie kann unser Bundesland – vor allem in den ländlichen Regionen - noch den Anschluss erreichen?

Wir werden in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass zukunftsfähige Breitbandanschlüsse auf Glasfaserbasis in allen Landesteilen verfügbar sind. 115 Projektgebiete im gesamten Land befinden sich bereits in der Förderung, für die insgesamt 1.450 Millionen Euro an Fördermitteln von Bund und Land zur Verfügung stehen. Bis 2024 wollen wir so über 320.000 Haushalten auch und vor allem im ländlichen Raum den Zugang zum Gigabit-Internet ermöglichen.

Beim mobilen Internet über das Mobilfunknetz werden wir als Land aktiv bestehende Funklöcher schließen und mit der landeseigenen Funkmastengesellschaft die Netzabdeckung in ländlichen Bereichen verbessern. Das Förderprogramm wurde inzwischen von der EU notifiziert. Mobiles Internet ist heute nicht nur für private Handynutzer, sondern bspw. auch für Landwirte oder Handwerker im Außeneinsatz eine wichtige Grundlage ihrer Tätigkeit. Beim Ausbau sind auch die Mobilfunknetzbetreiber selbst gefordert, die entsprechend der Vergabe des 5G-Netzes entlang von Straßen und Bahnverbindungen das Netz ausbauen müssen. Hier darf das Land aus beihilferechtlichen Gründen nicht tätig werden.

5. Welche Standpunkte und Inhalte vertreten Sie gegenüber der Bundespolitik zur Entlastung des wirtschaftlichen Mittelstandes (u.a. Vermögenssteuer, CO₂-Abgabe, steigende Energie- und Mobilitätskosten)?

Der Klimaschutz wird zu einem grundlegenden und nachhaltigen Strukturwandel in der Wirtschaft führen. Klimaschutzmaßnahmen dürfen sich nicht negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen auf dem Weltmarkt auswirken. Gleichwohl ist ein Steuerungselement wie die CO₂-Steuer sinnvoll, um Investitionsanreize für den notwendigen Wandel zu geben. Wir werden diesen Strukturwandel mit einer aktiven Wirtschaftspolitik begleiten und gestalten.

Dass Klimafreundlichkeit inzwischen auch für Unternehmen ein wesentliches Kriterium für nachhaltigen Markterfolg ist, zeigt die Nachfrage nach Standorten in den Grünen Gewerbegebieten, die eine komplett CO₂-neutrale Energieversorgung garantieren. Mit Blick auf den Bund weisen wir als Land regelmäßig darauf hin, dass die Rahmenbedingungen insbesondere im EEG angepasst werden müssen, um eigenwirtschaftlich tragfähige Geschäftsmodelle im Bereich der erneuerbaren Energien zu ermöglichen. Erneuerbare Energien sind kostenseitig längst konkurrenzfähig zu fossilen Energien. Jedoch werden ihre Potentiale bspw. durch Abgaben auf Eigenverbräuche oder die fehlende Möglichkeit zur flexiblen Nutzung selbst erzeugter Energie regelmäßig geschmälert.

Gerade für mittelständische Unternehmen bieten erneuerbare Energien die Chance, bei ohnehin anstehenden Investitionen erhebliche Kostenvorteile zu realisieren. Über die LEKA bietet das Land hier umfangreiche Beratungsmöglichkeiten an. Bei der CO₂-Steuer werden wir auf Bundesebene weiterhin darauf achten, gerade die Bedürfnisse des Pendler- und Transportlandes Mecklenburg-Vorpommern im Blick zu behalten. Noch fehlen für die breite Masse bezahlbare Antriebsalternativen für Mobilität. Bei der Höhe der CO₂-Steuer muss dies auf Seiten des Bundes im Blick behalten werden, sonst führt diese Steuer zu einer aktiven Benachteiligung ländlicher Regionen wie Mecklenburg-Vorpommern. Dies werden wir nicht zulassen.